

Liste Fritz. Tirol

Liste Fritz Pressespiegel

KW 44

**Von 28.Oktober bis
03.November 2024**

Dornauer fordert Entscheidung über Wasserableitungen

„Ja oder nein“: SPÖ-Chef drängt auf Klarstellung zu Ausbau des Kraftwerks Kaunertal, weil es auch um die Akzeptanz in der Bevölkerung gehe.

Innsbruck – Der Ausbau des Kraftwerks Kaunertal zu einem Pumpspeicherkraftwerk ist wieder in den Mittelpunkt der politischen Diskussion gerückt. Der Landesenergieversorger Tiwag hat bekanntlich die Behörde darüber informiert, dass er das Vorhaben in zwei Teile gliedert. Vorrang erhält das Pumpspeicherkraftwerk Versetz mit dem neuen Speicher im Platzertal. An den Wasserableitungen aus dem Ötztal hält die Tiwag vorerst fest, sehr zum Missfallen von Landeshauptmann und Tiwag-Eigentümerversorger Anton Mattle (VP). Er lehnt sie ab, für ihn hat der Hochwasserschutz im Ötztal Vorrang.

FPÖ, Liste Fritz, Grüne und NEOS drängen hingegen auf ein Aus für die Wasserentnahmen. SPÖ-Chef und Landeshauptmannstellvertreter Georg Dornauer kritisiert jetzt allerdings unverblümt die Diskussion um den Kraftwerksausbau. Am 20. September hat die Tiwag das modifizierte Ausbauprojekt der Umweltbehörde im Land übermittelt. „Ich stehe samt und sonders zum Ausbau des Kraftwerks Kaunertal, aber es gelingt uns nicht, diesen ungemeinen Mehrwert der gesamten Tiroler Bevölkerung zu erklären“, sagt Dornauer gegenüber der *TT*. Die Ötztaler dürften nicht die Verlierer sein, aber wenn man Tirol weiterbringen wolle, dann benötige es eine überregionale Solidarität.

Für Ausbau der Wasserkraft

Die Wasserkraft hat für Dornauer in Tirol einen extrem hohen Stellenwert und eine zentrale Schlüsselrolle: „Wir benötigen große Speicher und Pumpspeicher in den Alpen, um den Ausbau von Photovoltaik und Wind überhaupt erst zu ermöglichen. Diese Pumpspeicher



In einem zweiten Ausbauschritt (Prutz II und Imst II) würde die Tiwag das Wasser aus dem Ötztal benötigen. Der (politische) Widerstand ist jedoch massiv.

Foto: unserwasser.tirol

können die wetterabhängig erzeugten Überschüsse aus Sonnenstrom und Wind speichern und bei hoher Nachfrage flexibel Strom erzeugen.“

Das Kraftwerk Kaunertal werde einen wesentlichen Beitrag zur Energiewende leisten, ist sich Dornauer sicher. Schließlich könnten laut Gutachten jährlich insgesamt rund eine Million Tonnen CO₂ vermieden werden. „Das wären mehr als 20 Prozent der jährlichen CO₂-Emissionen Tirols. Gleichzeitig fungiert der Speicher als riesiger Akku, der bei Bedarf Energie speichern oder abgeben kann. Das ist gelebter Umweltschutz.“

Deshalb fordert Dornauer von den Experten eine finale Klarstellung, ob das Wasser aus der Venter und Gurgler Ache abgeleitet werde oder eben nicht: „Auch für die notwendige Akzeptanz in-



Foto: Springer

„**Opportunismus und Duckmäusern ist in der Frage der Wasserkraft mutlos und völlig verfehlt.**“

LHStv. Georg Dornauer/SPÖ (Parteiobermann)

nerhalb der Bevölkerung. Wir sind in Tirol nämlich unverdächtig, dass wird unsere Natur zerstören wollen.“ Opportunismus und Duckmäusern sei in der Frage der Wasserkraft mutlos und völlig

verfehlt, will Dornauer „nicht kleingeistig in Legislaturperioden denken und mich auch nicht von substanzlosen Stimmungsmachern beeindrucken lassen“.

Schlussendlich bezeichnet der Tiroler SPÖ-Chef eine „klimafitte Industrie“ als Motor für ein dringend benötigtes Wirtschaftswachstum. „Wir brauchen mehr Energie, aber weniger Emissionen. Das Zusammenspiel aller Technologien wie Photovoltaik, Wind, Biomasse, Wasserkraft sowie der Ausbau unserer Speicher und neuer Energienetze sind dafür alternativlos.“ Die Energieproduktion sei der wesentlichste Hebel in der Klimafrage. Dornauer abschließend: Ohne die Nutzung unserer Wasserkraft werden wir diese zentralen Zukunftsherausforderungen nicht bewältigen können.“ (pn)

Lienz: Spitals-Umbau kostet 290 Mio. Euro

Gesundheits-LR Hagele (VP) will derzeit keine Debatte über eine landesweite Krankenhaus-Holding führen.

Innsbruck – Wie sollen die Gemeinden die Abgänge für ihre Bezirkskrankenhäuser und die anstehenden Investitionen von 804 Millionen Euro in den nächsten zehn Jahren decken? Darüber ist jetzt eine politische Diskussion im Land entbrannt. Und der Vorschlag einer Landesholding, die neben den Tirol Kliniken auch die

„Diskussionen über eine Krankenhaus-Holding stehen derzeit nicht im Raum.“

LR Cornelia Hagele/ÖVP
(Gesundheitslandesrätin)

peripheren Spitäler umfasst, erhält neue Nahrung.

So müssen allein in das in die Jahre gekommene Bezirkskrankenhaus Lienz 290 Millionen Euro investiert werden, wie es in einem Masterplan heißt. Derzeit wird über die Finanzierung verhandelt. „Um der finanziellen Lage gerecht zu werden, ist eine enge Zusammenarbeit unerlässlich – deshalb finden regelmäßige Abstimmungen mit den Häusern statt, um gemeinsam eine Investitionsvorschau für die kommenden Jahre zu gestalten“, sagt dazu Gesundheits-

landesrätin Cornelia Hagele (VP). Einer Landesholding steht sie vorerst ablehnend gegenüber.

„Diskussionen über eine Krankenhaus-Holding stehen derzeit nicht im Raum. Die Bezirkskrankenhäuser leisten bereits einen wichtigen Beitrag zur regionalen Gesundheitsversorgung und stehen weiterhin für dieses Ziel ein“, sieht sie derzeit keine Notwendigkeit, Verhandlungen über eine große Tiroler Spitalslösung zu führen. Der Regionale Strukturplan Gesundheit Tirol verfolge das klare Ziel, allen Tirolerinnen und Tirolern eine hochwertige medizinische Versorgung zu bieten. „Und an diesem wird aktuell gearbeitet.“

Opposition für Landesholding

Anders die Opposition im Land. Liste Fritz und Grüne sprechen sich für eine Landesholding aus. In der SPÖ wird sie ebenfalls befürwortet, bereits vor Jahren gab es dafür einen Vorstoß. Landtagsvizepräsidentin Elisabeth Blanik (SPÖ) gilt als Verfechterin davon.

„Wenn Tirols Gemeinden und die schwarz-rote Landesregierung den Gürtel en-

ger schnallen müssen, um die Jahr für Jahr steigenden Ausgaben in den öffentlichen Budgets zu bremsen, dann hat das auch etwas Gutes. Es nötigt Gemeindeverband und Gemeinden, Landtag und Landesregierung, Althergebrachtes zu hinterfragen und Neues zu wagen“, schlägt Liste-Fritz-Klubchef Markus Sint eine generelle Entflechtung vor. Die Gemeinden sollten künftig für die Kinderbetreuung zuständig sein, das Land für die Spitäler.

Laut Sint geben dann Landtag und Landesregierung die gesetzlichen Grundlagen für eine ganztägige und ganzjährige Kinderbetreuung vor, die Gemeinden haben das personell und finanziell umzusetzen. Ohne weitere Zuschüsse durch das Land. „Dafür werden die Gemeinden vom

„Die Gemeinden sollen künftig für die Kinderbetreuung zuständig sein, das Land für die Spitäler.“

Markus Sint/Liste Fritz
(Klubobmann)

Klotz Spitäler befreit. Sie haben keine Kosten mehr für die Spitäler zu tragen, bekommen ein Mitspracherecht, aber die Letztentscheidung liegt beim Land als Finanzier.“

Wenn Krankenhäuser unter einem betriebswirtschaftlichen Dach arbeiten würden, könnten Verwaltungskosten gespart und dafür das medizinische und pflegerische Angebot gestärkt werden, forciert die grüne Gesundheitssprecherin Petra Wohlfahrtstätter ebenfalls eine tirolweite Spitalsgesellschaft.

Die NEOS hingegen hoffen auf einen Turbo beim Ausbau der Primärversorgungszentren – vor allem im ländlichen Raum. „Für eine Zustimmung zum Gesundheitsbudget erwarten wir uns ein echtes Konzept und nicht nur die Erhöhung des Budgets ohne klare Vorgaben“, macht LA Birgit Obermüller klar. Das müsse auch für die Finanzierung der Bezirksspitäler gelten. (pn)



Im Bezirkskrankenhaus Lienz gibt es einen großen Investitionsstau. 290 Mio. Euro müssen investiert werden.

Foto: Oblasser

Politik in Kürze

Karas neuer Alpbach-Präsident, Kritik an Dornauer

Für seine Forderung nach einer endgültigen Entscheidung über die umstrittenen Wasserableitungen aus dem Ötztal für das Kraftwerk Kaunertal erntet SPÖ-Landeshauptmannstellvertreter **Georg Dornauer** herbe Kritik. 2019 – noch in Opposition – habe der Tiroler SPÖ-Chef großspurig angekündigt, dass er auf der Seite der Ötztaler stehe, im Koalitionsübereinkommen das Mega-Kraftwerk Kaunertal inklusive gewaltiger Wasserableitung aber ohne

Murren und Widerspruch abgenickt, stellt Liste-Fritz-Klubchef **Markus Sint** fest. „Er setzt sich in seiner neuen Position nicht gegen die Wasserableitung ein. Aus dem Lautsprecher ist ein Leisetreter geworden, bloß nicht der ÖVP missfallen.“ Das sei ein Verrat an den Anliegen der Ötztaler, fügt Sint hinzu.

Ähnlich argumentiert Sints Kollege von den Grünen **Gebi Mair**. „Nach der Volksbefragung in Sölden, bei der sich 96,2 Prozent der



Im Platzertal soll der neue Speicher für den Ausbau des Kaunertal-Kraftwerks zu einem Pumpspeicherkraftwerk errichtet werden.

Foto: Reichle

BewohnerInnen gegen die Ableitung des Ötztaler Wassers ausgesprochen haben, und dem politischen Ver-

sprechen der Landespolitik vor der EU-Wahl ist es nun unzulässig, sich von angeblichen Experten abhängig zu machen.“ Mair fordert darüber hinaus eine generelle Absage an das Kraftwerksprojekt.

Der Wechsel an der Spitze des Europäischen Forums in Alpbach ist vollzogen: Der ehemalige EU-Parlamentarvizepräsident **Othmar Karas** (ÖVP) ist am Montag offiziell zum Präsidenten gewählt worden.

Dem neuen Präsidenten steht demnach künftig u. a. Ex-Bundeskanzler Christian Kern (SPÖ) mit Expertise zur Seite. Karas folgt in der Funktion des Forumspräsidenten auf Andreas Treichl. Karas bezeichnete die neue Aufgabe als „Ehre“. Der Anspruch, „sich tiefgehend mit den komplexen Fragen unserer Zeit zu befassen“, sei für ihn Motivation. Das nächste Forum Alpbach wird von 16. bis 29. August 2025 in Tirol über die Bühne gehen. (pn, TT)

Hörl lobt Dornauer, Protest in Innsbruck

Die Debatte um die Erweiterung des Kraftwerks Kaunertal lässt die Tiroler Landespolitik derzeit nicht los. SPÖ-Chef und Landeshauptmannstellvertreter **Georg Dornauer** hat sie mit seiner Forderung nach einer Entscheidung über die umstrittenen Wasserableitungen aus dem Ötztal erneut angefacht. Dafür erntete er Kritik von Liste Fritz und Grünen. Auch der Obmann des Vereins „Unser Wasser“ **Reinhard Scheiber** kritisiert



Ein endgültiger Stopp der Wasserableitungen wird gefordert. Foto: Global 2000

Dornauer. „Das Wasser bleibt im Ötztal“, meint er. Unterstützung erhält Dornauer hingegen vom derzeit „pensionierten ÖVP-Nationalrat“ **Franz Hörl**. Als einziger Politiker im Land

beweise der SPÖ-Chef „energiepolitische Weitsicht“ und tue diese auch kund. Was den von LH **Anton Mattele** (VP) ins Treffen geführten Hochwasserschutz im Ötztal betrifft, verweist Hörl auf das

Zillertal. „Kraftwerke sind der beste Hochwasserschutz.“

In Innsbruck protestierten am Mittwoch wiederum Kraftwerksgegner gegen den Ausbau im Kaunertal. Vertreter von **GLOBAL 2000** enthielten gemeinsam mit Aktivisten von „**Einzigartiges Platzertal**“, „**Lebenswertes Kaunertal**“, „**Mountain Wilderness**“, „**Protect Alpine Nature**“, „**Protect Our Winters**“ und „**Unser Wasser**“ auf dem Emile-Béthouart-Steg ein Transparent „Alle zam! Gegen den Damm“. (pn)

Karas neuer Alpbach-Präsident, Kritik an Dornauer

Für seine Forderung nach einer endgültigen Entscheidung über die umstrittenen Wasserableitungen aus dem Ötztal für das Kraftwerk Kaunertal erntet SPÖ-Landeshauptmannstellvertreter **Georg Dornauer** herbe Kritik. 2019 – noch in Opposition – habe der Tiroler SPÖ-Chef großspurig angekündigt, dass er auf der Seite der Ötztaler stehe, im Koalitionsübereinkommen das Mega-Kraftwerk Kaunertal inklusive gewaltiger Wasserableitung aber ohne

Murren und Widerspruch abgenickt, stellt Liste-Fritz-Klubchef **Markus Sint** fest. „Er setzt sich in seiner neuen Position nicht gegen die Wasserableitung ein. Aus dem Lautsprecher ist ein Leisetreter geworden, bloß nicht der ÖVP missfallen.“ Das sei ein Verrat an den Anliegen der Ötztaler, fügt Sint hinzu.

Ähnlich argumentiert Sints Kollege von den Grünen **Gebi Mair**. „Nach der Volksbefragung in Sölden, bei der sich 96,2 Prozent der



Im Platzertal soll der neue Speicher für den Ausbau des Kaunertal-Kraftwerks zu einem Pumpspeicherkraftwerk errichtet werden. Foto: Reichle

BewohnerInnen gegen die Ableitung des Ötztaler Wassers ausgesprochen haben, und dem politischen Ver-

sprechen der Landespolitik vor der EU-Wahl ist es nun unzulässig, sich von angeblichen Experten abhängig zu machen.“ Mair fordert darüber hinaus eine generelle Absage an das Kraftwerksprojekt.

Der Wechsel an der Spitze des Europäischen Forums in Alpbach ist vollzogen: Der ehemalige EU-Parlamentsvizepräsident **Othmar Karas** (ÖVP) ist am Montag offiziell zum Präsidenten gewählt worden.

Dem neuen Präsidenten steht demnach künftig u. a. Ex-Bundeskanzler Christian Kern (SPÖ) mit Expertise zur Seite. Karas folgt in der Funktion des Forumspräsidenten auf Andreas Treichl. Karas bezeichnete die neue Aufgabe als „Ehre“. Der Anspruch, „sich tiefgehend mit den komplexen Fragen unserer Zeit zu befassen“, sei für ihn Motivation. Das nächste Forum Alpbach wird von 16. bis 29. August 2025 in Tirol über die Bühne gehen. (pn, TT)

Liste Fritz fordert eigene Widmung für Bodenaushubdeponien

Im Bezirk Kufstein gibt es lt. LA Markus Sint, Klubobmann der Liste Fritz, 51 genehmigte Bodenaushubdeponien, zwei weitere Deponien sind in Angerberg und in Thiersee geplant.

Mehr Mitspracherecht für Gemeinden

Bei Deponien mit einer Füllmenge von unter 100.000 m³ ist derzeit nur ein „vereinfachtes Verfahren“ (Abfallwirtschaftsgesetz) notwendig, um eine Genehmigung zu bekommen. Hierbei haben die Kommunen kein Mitspracherecht. Um dies zu ändern, bringt die Liste Fritz jetzt einen Dringlichkeitsantrag im Tiroler Landtag ein: Gefordert wird, dass es für neue Bodenaushubdeponien eine eigene Sonderflächenwidmung eingeführt wird, um den Gemeinden eine Entscheidungsmacht zu geben. Weiters soll vor einer Genehmigung zukünftig der tatsächliche Bedarf erhoben werden. „Wir müssen den Deponie-Wildwuchs im Unterland beenden. Im Bezirk Kufstein haben wir freie Kapazitäten für die nächsten zehn Jahre“, erklärt Sint. „Im Unterland ist es eine Katastrophe, wir haben eine Überkapazität“, ergänzt LA Gabi Madersbacher.

Keine weiteren Deponien?

Ob mit diesen Plänen der Liste Fritz zukünftig überhaupt noch eine Aushubdeponie genehmigt wird, bleibt fraglich. Es ist kaum vorstellbar, dass sich eine Mehrheit im Gemeinderat für eine Deponie im eigenen Dorf bzw. in der eigenen Stadt aussprechen wird. Sint entgegnet, dass man die Gemeinden nicht unterschätzen dürfe und öfters unbeliebte Entscheidungen getroffen werden: „Ich bin überzeugt davon, dass es trotzdem Standorte geben wird.“

